

## Mund auf, Geld weg: Nach einer Hamas-Aussage des Direktors verweigert Baselland der Friedensstiftung Swisspeace die Unterstützung

Ursprünglich hätte der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Friedensstiftung verdoppelt werden sollen. Nun zahlt der Kanton nichts. Der Imageschaden für Swisspeace ist gross.

Christina Neuhaus

22.12.2023, 17.00 Uhr ⌚ 3 min



Ein Graffiti zeigt den verstorbenen Hamas-Anführer Ahmed Jassin in Gaza-Stadt.

Mohammed Saber / EPA

Laurent Goetschel hat es kommen sehen: Den Betrag könne man verschmerzen, sagte der Direktor der

Friedensstiftung Swisspeace im Vorfeld der entscheidenden Sitzung des Baselbieter Landrats. Ein Vertrauensverlust wöge schwerer. Das «politische Zeichen der Unterstützung» wäre wichtig.

Dann der Knall. Das Parlament des Kantons Basel-Landschaft hat an seiner letzten Sitzung vor Weihnachten darauf verzichtet, es dem Kanton Basel-Stadt gleichzutun und die Friedensstiftung zu unterstützen. Eine knappe Mehrheit der Landräte strich die jährlich 100 000 Franken wieder aus dem Aufgaben- und Finanzplan. Der bereits bestehende Vertrag zwischen dem Kanton und Swisspeace muss nun annulliert werden.



Laurent Goetschel ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace.

PD

Grund für die die Verstimmung der Landräte waren Aussagen zum Nahostkonflikt, die Goetschel im Oktober im «Club» von SRF gemacht hatte. Der Swisspeace-Direktor hatte sich gegen ein Verbot der Terrororganisation Hamas ausgesprochen und gesagt,

ein Einstaatenmodell könnte eine Lösung im Nahostkonflikt ein.

## **Swisspeace muss sich bei Bund erklären**

Für Goetschel und die Friedensstiftung unter dem Präsidium von Jakob Kellenberger ist das Nein aus Baselland ein harter Schlag. Denn nun muss sich die Organisation auch beim Bund erklären. Das mit der Universität Basel assoziierte Institut Swisspeace wird, so will es das Gesetz, von Bund und Trägerkantonen gemeinsam finanziert. Ein Fünftel des Budgets von 9 Millionen Franken setzt sich aus Betriebsbeiträgen zusammen. Die grösste Summe steuert mit 900 000 Franken das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) bei. Der Kanton Basel-Stadt zahlt jährlich 400 000 Franken.

Kein Wunder, ist Goetschel zerknirscht: «Für uns heisst das nun, dass wir Erklärungsbedarf gegenüber dem Bund haben, weshalb der Vertrag nicht zustande kommt», sagte er den Zeitungen von CH-Media. Gleichzeitig bemüht er sich um Schadensminimierung: «Die Kritik im Landrat bezieht sich nicht etwa auf die Qualität unserer Forschung, sondern lediglich auf persönliche Aussagen von mir als Friedensforscher.» Und diese Aussagen seien sachgerecht und nicht parteiisch. «Wenn wir Partei ergreifen, dann nur für den Frieden. Es kann nicht sein,

dass Forschung nur dann unterstützt wird, wenn ihre Ergebnisse den Wünschen der Politik entsprechen.»

Anders sieht das der FDP-Landrat Marc Schinzel, der den Beitrag für Swisspeace ursprünglich sogar verdoppeln wollte. Nach den Aussagen Goetschels änderte er allerdings seine Meinung und machte sich für ein Nein stark. Swisspeace mache durchaus sinnvolle Dinge, etwa in der Konfliktprävention oder bei der Konfliktbewältigung, sagt er. Dass sich Goetschel aber mit einseitigen Aussagen in die politische Debatte eingebracht habe, störe ihn. Die Organisation solle sich auf ihre operative Feldarbeit konzentrieren.

### **Israel als alleiniger Staat: ein «unverhandelbares Faktum»**

Schinzel: «Ich muss wissen, wohin die Gelder fließen, die ich im Parlament bewillige. Und wenn die Direktion dieser Organisation Dinge sagt, die ich nicht verantworten kann, dann kann ich auch keine Gelder sprechen.» Dass Israel als alleiniger Staat existiere, sei ein unverhandelbares Faktum. Man müsse die Diskussion darüber beenden. Israel sei ein demokratisches Land. Bei einer möglichen Friedensverhandlung dürfe die Hamas in «keiner Art und Weise» Teil der Lösung sein.

Trotz der Kritik hat Goetschel die Hoffnung auf eine bessere Wende noch nicht aufgegeben. Aufgrund des knappen Abstimmungsergebnisses und vieler grundsätzlich positiver Voten in der Parlamentsdebatte gehe er davon aus, dass eine Klärung der Sachlage möglich sei, dass die Regierung an einer Zusammenarbeit interessiert bleibe und man bald eine andere Lösung finden werde.

## Passend zum Artikel



INTERVIEW

**«Es gibt kein Menschenrecht auf Demokratie»**

16.03.2021



---

## Kellenberger an der Spitze von Swisspeace

21.05.2013



GASTKOMMENTAR

***Für eine starke Friedenspolitik der Schweiz***

25.03.2015



---

**Mehr von Christina Neuhaus (cn) >**